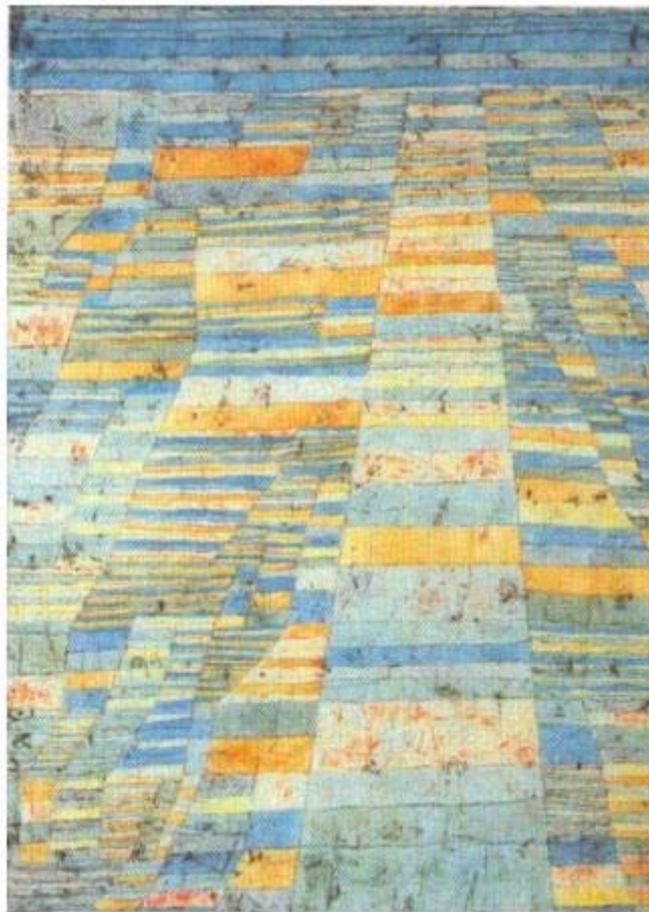


Institut für institutionelle Ökonomie und Sozial-Ökonomie  
der Universität Bremen

Tagung über „Erhalten durch Gestalten – Nachdenken über  
eine (re)produktive Ökonomie“  
Februar 2004

## **ZWEI WEGE ZUR NACHHALTIGKEIT**



Carsten Stahmer

*Veröffentlicht in: Adelheid Biesecker, Wolfram Elsner (Hrsg.) (2004): Erhalten durch Gestalten – Nachdenken über eine (re)produktive Ökonomie, Peter Lang Verlag Frankfurt a.M. u.a., S.305-328.*

## ***Warnung: Schwierige Wegstrecke***

Der Begriff *Nachhaltigkeit* hat in den letzten Jahren die Karriere eines Modeworts gemacht. So erfreulich es ist, dass über die Zukunftsfähigkeit unserer Gesellschaft intensiv nachgedacht wird, so bedenklich erscheint es, dass Nachhaltigkeit zu einem schon fast beliebigen Etikett für unterschiedlichste Bestrebungen geworden ist. Dabei besteht der Trend, das zunächst sperrige und unbequeme Wort immer mehr in seinem Bedeutungsgehalt abzuschleifen und damit auch seines gesellschaftskritischen Potentials zu berauben. Der vorliegenden Beitrag versucht hier etwas gegenzusteuern.

Es werden zwei Nachhaltigkeitsstrategien vorgestellt, die zur Lösung drängender ökologischer und sozialer Probleme beitragen könnten, gleichzeitig aber deutlich machen, welchen Preis wir in Form von materiellem Wohlstand dafür zahlen müssten. Eine zukunftsfähige Gesellschaft kann es nicht zum Null-Tarif geben. So müssten die reichen Industrienationen bereit sein, sich im Interesse der Entwicklungsländer ebenso wie im Blick auf die nächsten Generationen einzuschränken (siehe Abschnitt 3 dieses Beitrages). Aber auch in unserer Gesellschaft der Gegenwart gibt es drängende soziale Probleme, die im Interesse einer nachhaltigen Entwicklung gelöst werden müssten. Eine Schlüsselrolle kommt dabei aus unserer Sicht der Aufgabe zu, den immer noch vorherrschenden Trend zur männlich geprägten Erwerbsgesellschaft zu brechen und das Zusammenwirken der Geschlechter, ebenso wie die gesellschaftliche Beteiligung von Jung und Alt auf eine neue Grundlage zu stellen (siehe Abschnitt 4).

Bevor wir diese konkreteren Überlegungen anstellen, soll zur Einstimmung das Leitbild einer nachhaltigen Entwicklung unserer Gesellschaft in etwas allgemeinerer Form vorgestellt werden (Abschnitt 2).

## ***Hoffnung: Zauberscheiben der Nachhaltigkeit***

Ende 1995 beschrieben Christine Zumkeller (Klimaschutz-Sekretariat der Vereinten Nationen) und der Autor dieses Beitrages *Zauberscheiben der Nachhaltigkeit*.<sup>1</sup> Entsprechend den bekannten drei Dimensionen der Nachhaltigkeit formulierten wir aus unserer Sicht besonders wichtige Zielsetzungen für ökonomische, ökologische und soziale Nachhaltigkeitsaspekte (siehe *Abbildung 1*).

---

<sup>1</sup> Siehe dazu Stahmer 2001: 60 f.

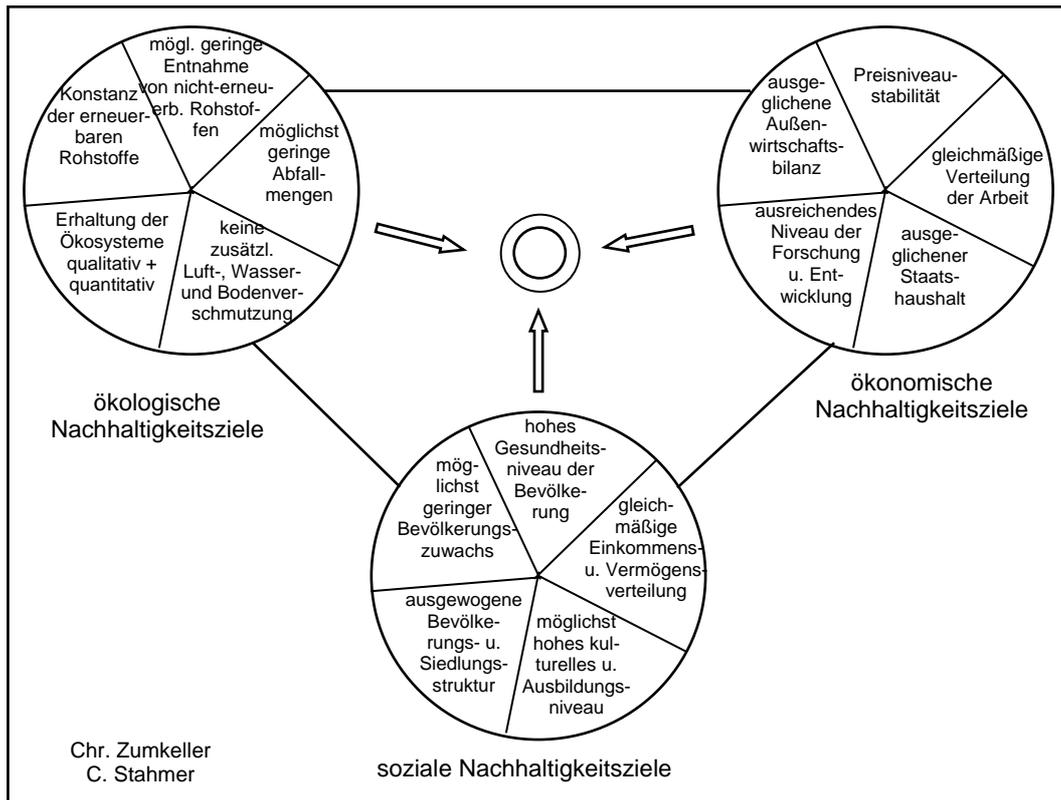


Abbildung 1: Zauberscheiben der Nachhaltigkeit

Wir gingen bei unseren Überlegungen davon aus, dass der Ökonom, der Umweltforscher und der Sozialwissenschaftler in einem ersten Schritt die Freiheit haben sollten, Zielvorstellungen für ihr eigenes Spezialgebiet zu bestimmen, ohne auf Interdependenzen mit anderen gesellschaftlichen Aspekten achten zu müssen. Es sei allerdings eingestanden, dass wir den Freiraum des Ökonomen von vornherein beschränkt haben und ihm sein Lieblingsziel, nämlich eine möglichst hohe ökonomische Wachstumsrate zu erreichen, entzogen haben. Dieses Handikap erschien uns – wie weiter unten begründet wird – im Interesse eines erfolgreichen Diskussionsprozesses nötig.

Erst in einem zweiten Schritt sollte dann ein gesellschaftlicher Diskurs in Gang gesetzt werden, der zu einem gemeinsamen Zielsetzungssystem führen kann, dem *Meeting Point* der Nachhaltigkeit. Dieser Prozess kann natürlich nur dynamisch interpretiert werden. Sowohl bei der eigenen Zielfindung als auch bei der gemeinschaftlichen Zielformulierung vergeht Zeit, in der sich die gesellschaftliche Ausgangssituation und das Bewusstsein der Experten ändern können (und sollen).

Die Suche nach einem gemeinsamen Zielsystem für eine nachhaltige Gesellschaft könnte wesentlich durch *Modellrechnungen* unterstützt werden, in denen die Interdependenzen zwischen sozialen, ökologischen und ökonomischen Zielgrößen abgebildet und realisierbare Zielkombinationen bestimmt werden. Durch dieses modellhafte „Probearbeiten“ könnte vermieden werden, dass die Experten

aus der Sicht ihres Spezialwissens auf einseitigen Meinungen beharren und damit einen gesellschaftlichen Konsens verhindern.

Die Überlegungen von Christine Zumkeller und dem Autor kombinieren das Drei-Säulen-Konzept der Nachhaltigkeit mit einem integrativen Ansatz, wie er in den letzten Jahren verstärkt vertreten wird.<sup>2</sup> Erst wenn es uns gelingt, den *Meeting point* der Nachhaltigkeit zu erreichen und gemeinschaftliche Vorschläge für eine zukunftsfähige Gesellschaft vorzulegen, kann der Diskurs zur Nachhaltigkeit als erfolgreich angesehen werden. Die nötige Diskussion kann aber nur als dialektischer Prozess in Gang kommen, der durch zunächst einseitige, möglichst gesellschaftskritische Ansichten gespeist wird. So wurde das Konzept der Nachhaltigkeit wesentlich durch die Betroffenheit über die Umweltzerstörung durch ökonomische Aktivitäten angestoßen. Fruchtbare Impulse für eine Weiterentwicklung der Nachhaltigkeitsüberlegungen hat auch die feministische Kritik unserer Gesellschaft gegeben.<sup>3</sup>

Im Zuge des Diskurses über Nachhaltigkeitsfragen können sich dann Verknüpfungen von ehemals einseitigen Standpunkten einstellen. Erste Begegnungen am Meeting Point haben vor allem zu sozial-ökologischen Überlegungen geführt, die sich gemeinsam von einseitig ökonomistischen Ansichten abgrenzen.<sup>4</sup> Ein sehr fruchtbarer Ansatz stellen hier die vom Netzwerk „Vorsorgendes Wirtschaften“ entwickelten Konzepte dar. Sie gehen von folgenden drei Prinzipien aus:

- Vorsorge statt Nachsorge,
- Kooperation statt Konkurrenz,
- Orientierung am für das gute Leben Notwendigen (statt Orientierung an rein monetären Größen bzw. Wachstumsraten).<sup>5</sup>

Dieser integrative Ansatz vermeidet die im ersten Abschnitt angesprochene Gefahr, unter dem Etikett der Nachhaltigkeit Leerformeln zu produzieren, die den kleinsten gemeinsamen Nenner von Überlegungen zur Zukunftsfähigkeit unserer Gesellschaft repräsentieren und damit jegliche gesellschaftsverändernden Potentiale verlieren. Vielmehr kondensiert das vorliegende Konzept die Ergebnisse von kritischen Diskussionsprozessen, die von der Benachteiligung der Frauen in unserer Gesellschaft ausgehen.

Hier noch einige Bemerkungen zu den von Christine Zumkeller und dem Autor ausgewählten Zielsetzungen. Es fällt auf, dass hier – im Unterschied etwa zur

---

<sup>2</sup> Siehe z.B. Kopfmüller et al. 2001 und Coenen, Grunwald 2003.

<sup>3</sup> Siehe Biesecker 1998, Hofmeister, Weller 2003; Schultz 1996; Weller, Hofmann, Hofmeister 1999; Jansen 1997, 1999; Meier 2001, 2003. Vgl. auch Forum Umwelt und Entwicklung 1997 und BMU, UBA 2002.

<sup>4</sup> Siehe den Überblick bei Balzer, Wächter 2002.

<sup>5</sup> Siehe Biesecker, Hofmeister 2003.

Nachhaltigkeitsstrategie der Bundesregierung<sup>6</sup> – eine zentrale Größe zur Beurteilung der gesellschaftlichen Entwicklung nicht aufgeführt ist, nämlich das *Bruttoinlandsprodukt*. Aus unserer Sicht ist dieser Indikator der einzige, der selbst bei einer einseitig ökonomischen Sichtweise der Nachhaltigkeit nicht verwendet werden darf, wenn ein fruchtbarer Nachhaltigkeitsdiskurs ermöglicht werden soll. Jahrzehntelange wissenschaftliche Diskussionen haben zur Genüge gezeigt, dass die Höhe des Bruttoinlandsprodukts kein Maßstab für die wirtschaftliche Wohlfahrt sein kann. Das Wirtschaftsniveau, das mit Hilfe des Bruttoinlandsprodukts gemessen wird, sollte daher bei Nachhaltigkeitsüberlegungen nicht als unabhängige Zielgröße, sondern als abhängige Variable angesehen werden. Nur im Zuge des Diskurses zur Nachhaltigkeit und abgesichert durch Modellrechnungen kann bestimmt werden, welches materielle Konsumniveau bei den vorgegebenen ökonomischen, ökologischen und sozialen Nachhaltigkeitszielen erreichbar ist.<sup>7</sup> Gerade die sozialen Zielgrößen sorgen bereits dafür, dass z.B. schlechte Ernährung, unzureichende Gesundheitsfürsorge und mangelhafte Bildungschancen als nicht nachhaltig angesehen werden und daher auch eine bestimmte materielle Grundversorgung notwendig ist.

Bei dem Ziel „gleichmäßige Verteilung der Arbeit“ hatten Christine Zumkeller und der Autor damals vor allem an Erwerbsarbeit gedacht. Aus heutiger Sicht sollte diese Zielsetzung erweitert werden. Sie sollte nicht nur die bezahlte Erwerbsarbeit, sondern auch die unbezahlte Eigenarbeit (z.B. Hausarbeit, Kindererziehung, Pflege und ehrenamtliche Tätigkeiten) umfassen, an denen Männer und Frauen gleichermaßen teilhaben sollten (siehe Abschnitt 4).

Als fünftes Ziel der ökonomischen Nachhaltigkeit wird ein hohes Niveau von Forschung und Entwicklung gefordert. Der technische Fortschritt sollte vor allem dazu genutzt werden, die sogenannte Öko-Effizienz zu steigern, d.h. das Verhältnis von wirtschaftlicher Leistung zu Umweltverbrauch. Diese Effizienzsteigerung ist unter Nachhaltigkeitsgesichtspunkten unbedingt erforderlich (siehe Abschnitt 3).<sup>8</sup> Eine durch technischen Fortschritt bewirkte Steigerung der Arbeitsproduktivität, d.h. der Relation von wirtschaftlicher Leistung zu eingesetztem Arbeitsvolumen, kann allerdings nur dann zu den Nachhaltigkeitszielen gerechnet werden, wenn sie nicht zu negativen sozialen Folgeerscheinungen, wie Arbeitslosigkeit, führt.

Bei den *sozialen* Aspekten der Nachhaltigkeit wurden – neben dem häufig allein im Mittelpunkt stehenden Ziel der möglichst gleichmäßigen Einkommens- und Vermögensverteilung – Forderungen nach hohem Niveau von Gesundheitswe-

---

<sup>6</sup> Siehe Bundesregierung 2002, 78 f.

<sup>7</sup> Dieses Niveau könnte dann als Ökosozialprodukt bezeichnet werden. Diese Größe bedeutet nicht eine Korrektur des gegenwärtigen Sozialprodukts, sondern erscheint erst nach einer längeren Phase der Umgestaltung unserer Gesellschaft erreichbar (siehe Ewerhart, Stahmer 1998).

<sup>8</sup> Siehe Schmidt-Bleek 1994.

sen, kulturellem Angebot und Ausbildungswesen in den Vordergrund gerückt. Stärker noch als die materielle Versorgung erscheinen diese eher immateriellen Anforderungen für eine nachhaltige Gesellschaftsentwicklung zu sorgen. Weiterhin sind – gerade bei Entwicklungsländern, aber auch zunehmend für entwickelte Industrienationen – die Bevölkerungsentwicklung, die Altersstruktur der Bevölkerung und ihre Wohn- und Lebensverhältnisse in ländlichen ebenso wie in städtischen Gebieten ebenfalls von großer Bedeutung für eine nachhaltige Gesellschaft.

Die im Zusammenhang mit der *ökologischen* Nachhaltigkeit vorgeschlagenen Zielsetzungen entsprechen den üblichen Vorschlägen, die im Zusammenhang mit dem Konzept der *Strong Sustainability* gemacht werden.<sup>9</sup> Danach steht aus ökologischer Sicht die Erhaltung des Naturvermögens zumindest auf dem heutigen Stand im Vordergrund. Der im Rahmen der *Weak Sustainability* zugelassene Ersatz von Naturvermögen durch von Menschen produziertes Vermögen wird als auf keinen Fall nachhaltig abgelehnt. Selbst bei der Forderung nach starker Nachhaltigkeit bedeutet eine Erhaltung des Naturvermögens nämlich, dass die Naturausstattung pro Kopf bei zunehmender Bevölkerung rückläufig ist. Bei strenger Auslegung des Nachhaltigkeitspostulats müsste man eigentlich fordern, dass das Naturvermögen in gleichem Maße wie die Bevölkerung wächst.

In dem Aufsatz *Verwehte Engel – Bausteine für ein nachhaltiges Berichtssystem* hat der Autor auch eine regionale und chinesische Variante der Zauberscheiben beschrieben<sup>10</sup>. Bei den *ökonomischen* Nachhaltigkeitszielen wurden zusätzlich ein hoher regionaler Selbstversorgungsgrad und die Förderung von kleinen und mittleren Unternehmen aufgenommen. Bei den *sozialen* Zielen kamen sozial- und umweltverträgliche Mobilität und ein möglichst hohes Sicherheitsniveau hinzu. Speziell bezogen auf chinesische Verhältnisse, aber genauso relevant für ein entwickeltes Land wie Deutschland, wurden weitere gesellschaftsbezogene Zielsetzungen formuliert, die auch in diesem Beitrag eine besondere Rolle spielen: „In China stellt sich das große Problem, soziale Netzwerke von (Groß-) Familien und Nachbarschaften zu erhalten, die durch die immer stärkere Individualisierung in Gefahr sind, sich – wie in westlichen Kulturen bereits häufig geschehen – immer mehr aufzulösen. Mit der Verwestlichung der Lebensstile besteht auch die Tendenz, spezifisch chinesische Kulturwerte nur noch im Hinblick auf ihre touristische Verwertbarkeit zu betrachten. Dagegen ist die Gleichberechtigung von Mann und Frau, die aus meiner Sicht für eine nachhaltige Gesellschaft unabdingbar ist, in China bereits in hohem Maße realisiert.“<sup>11</sup>

Im folgenden werden zwei konkrete Vorschläge beschrieben, wie wir uns dem Ziel einer nachhaltigen Gesellschaft annähern können. Charakteristisch für beide

---

<sup>9</sup> Siehe z.B. Daly 1999.

<sup>10</sup> Siehe Stahmer 2001, 8 - 13. Die regionale Variante wird ausführlich in Diefenbacher et al 1997 dargestellt.

<sup>11</sup> Stahmer 2001, S. 12.

Wege ist es, dass wir uns der komplexen Thematik der Nachhaltigkeit mit Hilfe eines relativ einfachen Grundgedankens nähern. Die bewusst in Kauf genommene Einseitigkeit der grundlegenden Annahme soll aus unserer Sicht wichtige Aspekte einer nachhaltigen Gesellschaft hervorheben, die bei einer ausgewogeneren Darstellung verloren gehen könnten. In Abschnitt 3 wird die Notwendigkeit einer umweltneutralen Wirtschaftsweise in den Vordergrund gestellt und erläutert, wie die *Rücksicht* auf die Verhältnisse in der Bundesrepublik Deutschland Anfang der 60er Jahre uns Anregungen für eine zukünftig nachhaltige Gesellschaft liefern könnte. Die Erörterungen werden dabei in Form von acht Thesen vorgestellt. In dem dann folgenden Abschnitt wird die Forderung nach gleicher Teilhabe von Männern und Frauen an Erwerbsarbeit und Familie in den Mittelpunkt gerückt und zu ihrer Realisierung das Konzept der *Halbtags-gesellschaft* vorgeschlagen. Im letzten Abschnitt wird dann kurz auf mögliche Prioritäten bei der Umsetzung der geschilderten Nachhaltigkeitsstrategien eingegangen.

## ***Erster Weg: Fortschritt durch Rücksicht***

### ***These 1: Aus der Vergangenheit für die Zukunft lernen***

Trotz erheblichem Wirtschaftswachstum haben in den letzten Jahrzehnten Staatsverschuldung und Arbeitslosigkeit ebenso wie die ökologischen Folgen unseres Handelns dramatisch zugenommen. Öffentlichkeit und Politik stehen dieser Entwicklung zunehmend ratlos gegenüber. Der Zauberlehrling schöpft weiter rastlos Wasser, obwohl schon alles überschwemmt ist. Es erscheint in dieser Situation notwendig, im Interesse der Zukunftsfähigkeit unserer Gesellschaft die vorherrschende Beschwichtigungspolitik aufzugeben und neue Wege zu beschreiten, die auf den ersten Blick radikal erscheinen, die sich aber bei näherem Hinsehen als altvertraute Pfade herausstellen. Wie auch im Menschenleben hat unsere Gesellschaft – ohne dass es uns bewusst wurde – vor etwa vierzig Jahren eine Blütezeit erlebt, die für Zukunftsplanungen in mancher Hinsicht Vorbildcharakter haben könnte.<sup>12</sup> In der Bundesrepublik gab es damals Staatsguthaben statt Staatsschulden, Vollbeschäftigung, Preisstabilität, Außenhandels-gleichgewicht und relativ wenige Fürsorgeempfänger.<sup>13</sup> Durch Rückbesinnung würde eine wahrhaft konservative, d.h. auf Erhaltung ausgerichtete Politik gleichzeitig ökologischen und sozialen Anliegen gerecht werden können.

---

<sup>12</sup> Ludwig Erhard hat damals als einer der Wenigen die Situation erkannt und vor weiterem ungezügelter Wachstum gewarnt. Siehe Erhard 1961a, 1961b, 1962.

<sup>13</sup> Siehe dazu auch Pfister 1995 mit einer ähnlichen Analyse für die Schweiz.

## ***These 2: Technik von morgen – Konsum von gestern***

Falls wir uns selbst umweltverträglich verhalten wollen und dabei den Entwicklungsländern ein gleiches Maß an Umweltnutzung zubilligen, wäre es nach Ansicht vieler Experten nötig, dass unser Umweltverbrauch auf etwa ein Zehntel sinkt. Zur Unterstützung dieser Idee gibt es bereits den Faktor-Zehn-(Fan)-Club von bekannten Umweltforschern.<sup>14</sup> Durch Einsatz modernster Umweltechnik könnte es uns nach Meinung von Ernst-Ulrich von Weizsäcker aber nur gelingen, bei gleichbleibendem Wirtschaftsniveau die Umweltnutzung bis auf ein Viertel zu verringern, d.h. die Ökoeffizienz auf das Vierfache zu steigern (Faktor Vier).<sup>15</sup> Müssten wir nach der ersten These vom zehnten Stock unseres Lebenshaltungsniveaus hinunter bis zum ersten Stock, um den Umweltverbrauch entsprechend einzuschränken (reine Suffizienzlösung), so erlaubt uns der Einsatz modernster Produktionsverfahren wieder den Aufstieg in die vierte Etage (kombinierte Suffizienz- und Effizienzlösung). Unseren alten Lebensstandard könnten wir dann zwar nicht halten, ein umweltverträgliches Konsumniveau läge aber immerhin noch bei etwa vierzig Prozent des gegenwärtigen. Das wären immer noch mehr Konsumgüter, als wir nach dem Wirtschaftswunder der Nachkriegszeit Anfang der sechziger Jahre zur Verfügung hatten. Statt Schocktherapie ist natürlich ein allmählicher Übergang angezeigt, um wieder auf das Wirtschaftsniveau der sechziger Jahre zu schrumpfen. Der Zeitraum der Rückentwicklung würde sich sicherlich zumindest so lange erstrecken wie die zurückliegende Wachstumsphase.

Eine verminderte materielle Versorgung müsste dabei nicht unbedingt mit einem Verlust an Lebensqualität bezahlt werden. Immaterielle Werte, wie Zufriedenheit und Spaß am Leben, könnten wieder stärker zur Geltung kommen, wenn wir die Sisyphusarbeit des „Immer mehr“ aufgeben würden.<sup>16</sup>

## ***These 3: Arbeit teilen – Zeit gewinnen***

Sollen die Fortschritte nicht verloren gehen, die in der Nachkriegszeit auf dem Gebiet der Arbeitsproduktivität erzielt wurden, so ist damit zu rechnen, dass bei abnehmender Wirtschaftsleistung auch die benötigten Arbeitsstunden sinken. Bei einer Reduktion des Wirtschaftsniveaus auf etwa 40 Prozent müsste die Arbeitszeit der Erwerbstätigen zumindest auf etwa die Hälfte abgesenkt werden, um Arbeitslosigkeit zu vermeiden. Statt einer Fünf-Tage-Woche wäre nur noch eine Zwei- oder Drei-Tage-Woche nötig.<sup>17</sup> In einer *Halbtagsgesellschaft* würde

---

<sup>14</sup> Siehe Schmidt-Bleek 1994 und 1997.

<sup>15</sup> Siehe Weizsäcker et al. 1996.

<sup>16</sup> Siehe BUND, Miseror 1996, 2002 und Spangenberg 2003 mit vielen Anregungen, die auch in anderen Thesen aufgegriffen wurden.

<sup>17</sup> Siehe Gorz 1989 und 2000 mit wichtigen Hinweisen zur Entwicklung unserer Arbeitsgesellschaft. Siehe auch Hans-Böckler-Stiftung 2000.

jedem Erwerbstätigen mindestens die Hälfte der Woche für Tätigkeiten außerhalb des Erwerbslebens zur Verfügung stehen.<sup>18</sup> Hier trifft sich die beschriebene Nachhaltigkeitsstrategie mit Überlegungen, die im nächsten Abschnitt vorgestellt werden.

#### ***These 4: Soziales Netzwerk durch Eigenarbeit schaffen***

Die gesellschaftlichen Aufgaben ließen sich nicht lösen, wenn die Bevölkerung die gewonnene Zeit vor dem Fernseher verbringen würde oder mit dem möglichst noch motorisierten Freizeitmobil auf den Landstraßen herumkurvte. Da sich bei sinkender Wirtschaftsleistung auch Steuern und Sozialabgaben verringern, müsste ein wesentlicher Teil der sozialen Leistungen, die jetzt von staatlicher Seite, von Wohlfahrtsverbänden und anderen privaten Organisationen erbracht werden, von der Bevölkerung selbst übernommen werden.<sup>19</sup> Die soziale Eigenarbeit, z. B. die gegenseitige Hilfe in Notlagen, müsste zur wesentlichen Beschäftigung in der „Freizeit“ werden und damit an alte Traditionen von Dorfgemeinschaften und Bürgervereinen in Städten anknüpfen.<sup>20</sup> Der in Politikerreden vielstrapazierte Begriff der Solidarität bekäme dann wieder einen echten Sinn. Dies beginnt schon in der Familie: Bei der Kindererziehung könnten sich Mann und Frau die Arbeit (ebenso wie den Spaß mit Kindern) teilen. Es setzt sich fort bei der Nachbarschaftshilfe und der Arbeit im Stadtteil bzw. im Rahmen der Dorfgemeinschaft. Das soziale Netzwerk müsste dabei von dem Gedanken bestimmt werden, dass unmittelbare Hilfe vor Ort stets den Vorrang vor unpersönlicher, von anonymen und oft weit entfernten Institutionen organisierter Unterstützung hat. Die zunehmende Vereinzelung, insbesondere von älteren Menschen, könnte dadurch sicher nicht völlig aufgehoben, aber doch wieder wesentlich abgemildert werden.

#### ***These 5: Mobil bleiben, aber möglichst nicht motorisiert***

Die kleinräumliche Orientierung bei sozialen Kontakten müsste begleitet werden durch wesentliche Änderungen unseres Mobilitätsverhaltens. Im Interesse einer Verringerung unseres Energieverbrauchs und der damit verbundenen Luftverschmutzung müssten unsere Fahrleistungen im motorisierten Verkehr wieder auf etwa ein Drittel, d.h. auf das Niveau zu Beginn der sechziger Jahre, gesenkt werden. Das bedeutet vor allem, dass wir in der Freizeit und während des Urlaubs möglichst das Auto stehen lassen und dafür das Fahrrad benutzen bzw. einfach zu Fuß gehen. Damit wäre eine „Entschleunigung“ unseres Lebensstils verbunden, die sicher unsere Lebensqualität verbessern würde. Für größere Entfernungen müsste ein attraktives öffentliches Verkehrsnetz mit Bahn und Bussen

---

<sup>18</sup> Siehe dazu ausführlicher Stahmer 2003b.

<sup>19</sup> Siehe zur Rolle des Staates Lang 2003.

<sup>20</sup> Siehe Beck 2000b mit Vorschlägen zur Bürgerarbeit sowie Gorz 2000, insbesondere Kapitel IV.

zur Verfügung stehen, der Flugverkehr auf das unbedingt Nötige eingeschränkt werden.<sup>21</sup>

Längerfristig wäre es auch nötig, dass Arbeitsplatz und Wohnung wieder stärker zusammenrücken, um den berufsbedingten Pendlerverkehr zu vermindern. Auch durch moderne Kommunikationsmittel (z.B. elektronische Post) könnten berufsbedingte Fahrten reduziert werden: Der Bildschirm-Arbeitsplatz kann in zunehmendem Maße in der eigenen Wohnung installiert werden, ohne dass der Kontakt mit Teamkollegen oder dem Auftraggeber abreißt.

### ***These 6: Kleine und mittlere Betriebe in der Region stärken***

Eine flexible, an kleinräumlichen Bedürfnissen orientierte Wirtschaftsstruktur würde voraussetzen, dass in der Region kleine und mittlere Betriebe wieder ein wesentlich stärkeres Gewicht erhalten. Dazu gehören landwirtschaftliche Betriebe, die ökologischen Anbau betreiben, Einzelhändler, die den Bedarf der Dorfgemeinschaft bzw. des Stadtteils decken, ebenso wie kleinere Produktionsstätten, die natürlich möglichst „saubere“ Arbeitsplätze für benachbarte Wohngebiete bereitstellen. Bei der Energieversorgung hätten kommunale Lösungen mit erneuerbaren Energiequellen Vorrang vor der Stromversorgung durch Großkonzerne. Für den Urlaub in heimischen Feriengebieten sollten nicht Bettenburgen und Ferienparks, sondern Urlaub auf dem Bauernhof und Unterbringung bei Privatvermietern bzw. in kleinen Pensionen und Hotels gefördert werden.<sup>22</sup>

Den Konzentrationserscheinungen, die heutzutage vor allem durch den internationalen Waren- und Geldverkehr weiter verstärkt werden, müsste energisch entgegengearbeitet werden. Die Diskussion über den Standort Deutschland sollte dazu ihr Augenmerk viel mehr auf den Binnenmarkt richten.

### ***These 7: Güterströme regionalisieren, nicht globalisieren***

Ebenso wie der Personenverkehr müsste auch der Güterverkehr wesentlich verringert werden, wenn die angesprochenen anspruchsvollen ökologischen Ziele erreicht werden sollen. Gehen wir wieder von den Verhältnissen am Anfang der sechziger Jahre aus, so wären Güterbewegungen innerhalb von Deutschland auf etwa die Hälfte zu reduzieren, bei grenzüberschreitenden Güterströmen sogar auf ein Drittel. Dies ließe sich sicherlich nur dann realisieren, wenn Produzent und Abnehmer wieder räumlich näher zusammenrückten und der berühmte Joghurtbecher nicht mehr seine Odyssee durch Deutschland antreten müsste. Produkte aus der Region müssten für die Konsumenten eindeutig den Vorzug vor „importierten“ Gütern erhalten. Das würde z.B. bei den Lebensmitteln

---

<sup>21</sup> Siehe zu einem zukunftsfähigen Verkehrswesen Petersen, Schallaböck 1995.

<sup>22</sup> Siehe zu Fragen der regionalen Nachhaltigkeit auch Majer, Stahmer 1996, Diefenbacher et al. 1997 und Stahmer 1998.

bedeuten, dass die Verbraucher wieder viel stärker das durch die Jahreszeit bedingte Angebot nutzen und nicht unbedingt Erdbeeren im Winter verlangen.

Güter, die nicht durch Regionalprodukte ersetzt werden können, stammen überwiegend aus Entwicklungsländern. Hier sollte darauf bestanden werden, dass faire Preise bezahlt werden, die eine ökologisch nachhaltige Entwicklung in den Herkunftsländern ermöglichen.

### ***These 8: Das Schlimme erwarten und doch das Gute versuchen***

Robert Musil lässt in seinem Roman „Der Mann ohne Eigenschaften“ den Pragmatiker Graf Leinsdorf sagen, dass alle Programme, die mit „Zurück zu ...“ anfangen, zum Scheitern verurteilt sind: „In der Geschichte der Menschheit gibt es kein freiwilliges Zurück!“.<sup>23</sup> An anderer Stelle betont er, dass der „Zug der Zeit seine Schienen selbst vor sich her rollt“ und dass alle Versuche, auf den Verlauf des Schienenstrangs Einfluss zu nehmen, erfolglos bleiben müssen.<sup>24</sup> Dieser Pessimismus ist sicher weitgehend berechtigt. Trotzdem erscheint es als unsere unabdingbare Aufgabe, zumindest den Versuch zu unternehmen, die absehbar verhängnisvolle Entwicklung unserer Gesellschaft zu verlangsamen, möglichst aufzuhalten oder sogar – im besten Fall – den Rückwärtsgang in dem dargestellten Sinne einzulegen. Max Horkheimer hat einmal gesagt, dass wir das Schlimme erwarten und doch das Gute versuchen sollten.<sup>25</sup>

Was wäre nötig? Sicher muss das wirtschaftspolitische Instrumentarium, wie Ökosteuern oder ein Markt für Umweltverschmutzungsrechte, eingesetzt werden. Noch wichtiger erscheint es aber, dass wir selbst ein viel stärkeres Verantwortungsgefühl für die sozial Benachteiligten bei uns und in den Ländern des Südens entwickeln, ebenso wie Rücksichtnahme auf die uns hilflos ausgelieferte Natur. Aus unserer christlichen Tradition heraus sollte es uns eigentlich nicht zu schwer fallen, das nötige Mitgefühl zu entwickeln und im Engagement für die Schwachen auch Kraft für unbequeme gesellschaftliche ebenso wie persönliche Veränderungen zu finden.

Hilfreich wäre sicher als erster Schritt eine ehrliche Bestandsaufnahme der gegenwärtigen Situation und eine sorgfältige Analyse der bisherigen Entwicklung, um mögliche Spielräume für eine aktive, verantwortungsvolle Gestaltung der Zukunft besser abschätzen zu können. Mit den Umwelt- und Sozio-ökonomischen Gesamtrechnungen verfolgt auch das Statistische Bundesamt das Ziel, hierzu einen Beitrag zu leisten.<sup>26</sup>

---

<sup>23</sup> Musil 1978, S. 233 f.

<sup>24</sup> Musil 1978, S. 455.

<sup>25</sup> Horkheimer 1970, S. 370 ff. Siehe dazu auch Fetscher 1991.

<sup>26</sup> Siehe dazu auch Stahmer 2003a mit weiteren Literaturhinweisen.

## ***Zweiter Weg: Halbtagsgesellschaft***

In dem Strategiepapier der *Bundesregierung* für eine nachhaltige Entwicklung<sup>27</sup>, das im April 2002 vorgestellt wurde, wird sozialen Fragen besondere Aufmerksamkeit geschenkt. Dies wird schon aus den vorgestellten Kernthemen deutlich:

- Generationengerechtigkeit,
- Lebensqualität,
- sozialer Zusammenhalt,
- internationale Verantwortung.

Für die Diskussion über soziale Nachhaltigkeit erscheint besonders der Themenbereich *Sozialer Zusammenhalt* von Bedeutung. Dazu gehört die Sicherung der Beschäftigung, Vereinbarkeit von Familie und Beruf, Realisierung der Gleichberechtigung von Männern und Frauen im Berufsleben und die Integration ausländischer Mitbürger.

In einer Stellungnahme des *Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB)* zum Strategieentwurf der Bundesregierung wird dieses Themenfeld noch stärker konkretisiert. Als Kernelemente des sozialen Zusammenhalts werden herausgestellt:<sup>28</sup>

- Nutzung flexibler Arbeitszeiten,
- Erhalt und Förderung der Beschäftigungsfähigkeit,
- altersgerechte Gestaltung der Arbeit, Erhöhung der Beschäftigungschancen Älterer,
- Erhöhung der Arbeitsmarktchancen von Frauen und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf,
- Gewährleistung sozialer Absicherung und Integration benachteiligter Personengruppen.

Der DGB hält dabei die zukünftige Gestaltung der *Arbeitszeiten* für eine zentrale Aufgabe: „Für die Arbeit der Zukunft müssen die Möglichkeiten der flexiblen Arbeitszeitgestaltung wie Job-Rotation, Sabbaticals und Arbeitszeitkonten genutzt werden, denn sie bieten den nötigen Spielraum, um Arbeit neu zu verteilen und damit Arbeitsplätze langfristig zu sichern. Auch der Ausbau der Teilzeitarbeit, der Abbau von Überstunden und die Verkürzung der Regelarbeitszeit sind beschäftigungssichernde Instrumente zur Umverteilung der Arbeit. Eine Umverteilung der Arbeit in diesem Sinne ist auch eine Grundvoraussetzung für eine

---

<sup>27</sup> Bundesregierung 2002.

<sup>28</sup> DGB 2000, S. 9f.

gleichberechtigte Teilhabe von Männern und Frauen an den Lebensbereichen Erwerbsarbeit und Familie“.<sup>29</sup>

### ***Modell einer Halbtagsgesellschaft***

Die gegenwärtige Gesellschaft wird den genannten Ansprüchen sozialer Nachhaltigkeit nicht gerecht. Das zeigt sich schon bei der Kinderbetreuung, die bei berufstätigen Eltern oft nur sehr unzureichend wahrgenommen werden kann (Stichwort „Schlüsselkinder“). Ungeachtet aller Emanzipationsbemühungen und -fortschritte müssen viele Frauen auch heutzutage die doppelte Aufgabe von Beruf und Kinderbetreuung bzw. Hausarbeit allein managen. Die beruflichen Chancen der Frauen sind immer noch deutlich schlechter als diejenigen der Männer. Auch die Situation der älteren Menschen ist in mehrfacher Hinsicht unbefriedigend. Es fehlen Gestaltungsmöglichkeiten für noch aktive Senioren; die pflegebedürftigen alten Menschen werden oft in Heime abgeschoben, in denen die Insassen aus Personalmangel nur unzureichend betreut werden können.

Wie lassen sich diese Missstände beheben? Zumindest in den entwickelten Ländern ist die Arbeitsproduktivität inzwischen so gestiegen, dass ein ausreichendes materielles Niveau in absehbarer Zukunft auch in einer *Halbtagsgesellschaft* erzielt werden könnte.<sup>30</sup> Diese Halbtagsgesellschaft ist dadurch gekennzeichnet, dass alle ausgebildeten und erwerbsfähigen Mitglieder der Gesellschaft im Durchschnitt nur die Hälfte der Werktage mit bezahlter Arbeit verbringen.<sup>31</sup> Dies kann allerdings nicht bedeuten, dass tatsächlich jeder Erwerbstätige in jeder Woche nur halbtags arbeitet. Eine derartige Arbeitsweise wäre schon unter ökologischen Gesichtspunkten nicht sinnvoll, da jeder täglich zum Arbeitsplatz fahren müsste. Vielmehr könnte die reduzierte Erwerbsarbeit alternativ tagesweise, wochenweise, monatsweise oder gar jahresweise aufgeteilt werden. Das bereits bewährte Konzept der Arbeitszeitkonten ist ein Beispiel für die praktische Umsetzung dieser Überlegungen.<sup>32</sup> Auch die erfolgreiche Realisierung der Altersteilzeit im öffentlichen Dienst mit verschiedenen Zeitformen (vom „Blockmodell“ bis zur regelmäßigen tageweisen Halbtagsarbeit) kann für die Überlegungen zur Halbtagsgesellschaft Beispielcharakter haben.

Für die halbtags beschäftigten Erwerbstätigen würden sich durch die gewonnene Zeit Freiräume eröffnen, die ihnen für ein *soziales Engagement* zur Verfügung

---

<sup>29</sup> DGB 2000, S. 9 f.

<sup>30</sup> Siehe Gorz 1989 und 2000. Zur Diskussion über die Zukunft der Arbeit siehe auch Beck 1986, 2000a; Giarini, Liedtke 1998 und Lafontaine 1989.

<sup>31</sup> Siehe u.a. Kurz-Scherf, Breil 1987; Vilar 1990 und Jansen 1997, 1999. Auch in der Schweiz fand in den 90er Jahren eine Initiative für eine doppelte 25-Stunden-Woche statt, die dann aber wegen fehlender Resonanz in der Bevölkerung nicht weiterverfolgt wurde, siehe Arbeitsgruppe der SP Schweiz 1995 und Eidgen. Kommission für Frauenfragen 1997.

<sup>32</sup> Siehe Munz et al. 2002.

stehen. Diese Chance müsste auch genutzt werden, wenn das Modell einer Halbtagsgesellschaft nachhaltig sein soll. Die zu erwartende Reduktion der materiellen Produktion bei genereller Halbtagsarbeit und die absehbar niedrigeren finanziellen Beiträge der Bürger an den Staat würden dazu führen, dass der Staat bzw. die entsprechenden Wohlfahrtseinrichtungen ihre sozialen Leistungen nicht mehr im bisherigen Umfang aufrechterhalten könnten. Diese Lücke müsste dadurch geschlossen werden, dass jeder aktive Erwachsene neben seiner bezahlten Erwerbsarbeit einen zweiten „Job“ im sozialen Bereich übernimmt:<sup>33</sup>

- Dies kann die Erziehung und Betreuung von eigenen oder fremden Kindern sein, wobei die Väter in einer Halbtagsgesellschaft die Chance erhalten, gleichberechtigt neben den Müttern bei der Kinderbetreuung aktiv zu werden. Eine ganztägige Kinderbetreuung in Kinderkrippen und Tagesstätten ist dann nur noch in Ausnahmefällen, z.B. in bestimmten Notlagen der Eltern, erforderlich.
- Ein zweiter Schwerpunkt des sozialen Engagements wäre die Betreuung und Pflege von Menschen, die sich nicht mehr selbst zu helfen wissen, d.h. vor allem von älteren und kranken Menschen. Diese Betreuungsleistungen könnten nicht nur als „zweiter Job“ neben der Erwerbsarbeit erbracht werden, sondern auch von älteren Menschen, die nicht mehr erwerbstätig sind, sich aber weiterhin aktiv am gesellschaftlichen Leben beteiligen wollen. Die vorliegenden Beispiele von Seniorengenossenschaften sind ermutigend.<sup>34</sup> Allerdings ist zu wünschen, dass diese sozialen Netzwerke der gegenseitigen Hilfe auch Jüngere, noch Erwerbstätige einschließen.
- Weitere Beispiele für soziales Engagement sind ehrenamtliche Tätigkeit und Mitwirkung an anderen informellen sozialen Netzwerken.<sup>35</sup>

Eine starke Verminderung der Regelarbeitszeit (natürlich immer bezogen auf einen größeren Zeitraum) erscheint als ein vielversprechender Weg, der *Gleichberechtigung von Männern und Frauen* auch eine realistische Chance auf Verwirklichung zu geben.<sup>36</sup> Solange die Betreuung der Kinder doch mehr oder weniger Aufgabe der Mütter bleibt, während sich die Väter auf ihre berufliche Karriere konzentrieren können, sind die Chancen der Frauen, sich im Erwerbsleben ebenso wie die Männer profilieren zu können, eingeschränkt. Das Risiko, dass Frauen für einen mehr oder weniger langen Zeitraum zu Hause bleiben, wenn sie Kinder bekommen, motiviert in der Praxis viele Arbeitgeber, den Männern letztlich doch größere berufliche Chancen zu eröffnen. Unter den

---

<sup>33</sup> Zu informellen Tätigkeiten siehe Heinze, Strünck 2000; Heinze, Olk 2000. Zur Familienarbeit siehe Leipert 2001. Wichtige konzeptionelle Überlegungen enthält Krebs 2002.

<sup>34</sup> Siehe u.a. Taube 1993. Zum Konzept der Genossenschaften siehe Münkner 2002.

<sup>35</sup> Siehe Beck 2000b über das Konzept der Bürgerarbeit.

<sup>36</sup> Siehe zur Arbeitsteilung von Männern und Frauen u.a. Teichert 2000.

gegenwärtigen Bedingungen ist deshalb der Anteil der Männer, die von der Möglichkeit der Elternzeit Gebrauch machen, ein zentraler Nachhaltigkeitsindikator.<sup>37</sup>

In der Praxis könnte die *Arbeitsteilung* zwischen den *Eltern* beispielsweise so aussehen, dass die Mütter in der Zeit der Schwangerschaft und nach der Geburt eine erste Betreuungsphase von zwei bis drei Jahren übernehmen, während die Väter voll erwerbstätig bleiben. Nach einer Phase der Auffrischung ihrer beruflichen Kenntnisse bzw. der Weiterbildung würde dann die Mutter wieder für drei Jahre voll erwerbstätig sein, während der Vater das Kind (bzw. die Kinder) betreut. Im Anschluss an diese zweite Phase der Kinderbetreuung fände dann wieder ein Rollentausch statt, d.h. die Mutter betreut das Kind (die Kinder) für einige Jahre, während der Vater seine Erwerbstätigkeit wieder aufnimmt. Natürlich ließen sich auch ganz andere Arbeitsteilungsmodelle vorstellen, die den Interessen der Eltern ebenso wie den Anforderungen der Erwerbsarbeitsplätze gerecht werden könnten.

Der häufigere Wechsel zwischen Erwerbsarbeit und sozialem Engagement in der Lebensbiographie ist in einer Halbtagsgesellschaft nur möglich, wenn auch die bisher üblichen Bildungsverläufe entsprechend umgestaltet werden. Angesichts des gesellschaftlichen und technologischen Wandels sind die Menschen zeitlebens mit neuen Anforderungen an ihr Wissen und ihre Fähigkeiten konfrontiert. Im Hinblick auf die Zukunftsfähigkeit des Bildungssystems erscheint es daher zielführend, das Konzept des *lebenslangen Lernens* in den Mittelpunkt zu rücken.<sup>38</sup> Zur Vorbereitung einer derartigen Bildungsbiographie ist es allerdings notwendig, dass die schulische Ausbildung neben der Allgemeinbildung auch soziale Kompetenz und die Fähigkeit zum selbständigen Lernen vermittelt.<sup>39</sup>

Viel spricht dafür, vor allem im Hochschulbereich die Ausbildungszeiten drastisch zu verkürzen und zunächst nach dem Vorbild der Fachhochschulen eine dreijährige praxisbezogene Grundausbildung zu vermitteln, der sich nach einer Phase der Berufstätigkeit ein mehr wissenschaftlich geprägtes Aufbaustudium anschließen kann. Die Ausbildung für den *zweiten Job*, nämlich das soziale Engagement, könnte im Rahmen eines obligatorischen sozialen Jahrs nach Abschluss der allgemeinbildenden Schulen erfolgen. Eine Teilnahme an dieser Ausbildungsphase könnte entfallen, wenn junge Männer ihre Wehrpflicht ableisten oder ersatzweise Aufgaben des Zivildienstes übernehmen.

---

<sup>37</sup> Siehe dazu die Vorschläge im Rahmen der österreichischen Nachhaltigkeitsstrategie, BMLFUW 2002, 32 - 34.

<sup>38</sup> Europäische Kommission 2001, S. 9.

<sup>39</sup> Siehe dazu die PISA-Studie, OECD 2001.

Schließlich beginnt mit dem Einstieg in das Erwerbsleben bzw. der ersten Phase sozialen Engagements das „Learning by Doing“, das von Weiterbildungsmaßnahmen begleitet und von regelmäßigen weiteren Ausbildungsphasen unterbrochen wird, die für den jeweiligen nächsten Tätigkeitsbereich die nötigen Kenntnisse vermitteln. Die Bildungsbiographie setzt sich schließlich in das Rentenalter fort. Diese Phase ist durch ein weiteres Ausbildungsangebot für soziale Aufgaben und natürlich auch für die persönlichen Interessensgebiete geprägt.

Die Verkürzung der Regelarbeitszeit könnte schließlich von einer Verlängerung der *Lebensarbeitszeit* begleitet werden. Nur unter der Voraussetzung einer Verminderung der Arbeitsbelastung auch für die Jüngeren und der Begleitung durch lebenslanges Lernen erscheint es realistisch, dass das jetzige durchschnittliche Ruhestandsalter von etwa 60 Jahren wesentlich angehoben werden kann. In diesem Zusammenhang gibt es Vorschläge, dass ältere Erwerbstätige z.B. eher beratende Aufgaben übernehmen, bei denen ihre Erfahrungen genutzt werden können, ohne dass sie durch Führungsverantwortung zu sehr belastet werden.

### ***Anreize für eine Halbtagsgesellschaft***

Eine Halbtagsgesellschaft lässt sich nur dann realisieren, wenn auch entsprechende Anreize bestehen, auf eine Vollerwerksstelle zu verzichten. Es ist nicht möglich, an dieser Stelle auf alle denkbaren Formen gesellschaftlicher Steuerung einzugehen. Viel spricht dafür, das soziale Engagement nicht in Form von Geldzahlungen zu honorieren und dadurch in die traditionelle Geldwirtschaft einzubeziehen. Neben der bezahlten Erwerbsarbeit könnte stattdessen ein zweites Tätigkeitsfeld eröffnet werden, das eine *Komplementärwährung*, nämlich die Zeit-Währung, verwendet.<sup>40</sup>

Diese *Zeit-Währung* kann allerdings nur für Arbeitsleistungen gelten. Wenn Material- und Fahrtkosten anfallen, müssten sie auch monetär entgolten werden. Die Arbeitsstunden könnten als Tauschmittel Verwendung finden, wie es bereits für Arbeitsleistungen in Tauschringen üblich ist.<sup>41</sup> Sie könnten aber auch als Zeitgutschrift angesammelt und später bei Bedarf in Form von Leistungen Anderer in Anspruch genommen werden. Dies könnte zu einer zusätzlichen Form der sozialen Sicherung führen. Ein sehr wichtiges Beispiel sind hier die bereits bestehenden Seniorengenossenschaften, die auf dem Gebiet der Zeitkonten bereits praktische Erfahrungen sammeln konnten.

Soziale Netzwerke mit gegenseitiger Hilfe sollten nach Möglichkeit in unmittelbarem persönlichen Austausch aufgebaut werden. Es gilt hier eine Art *Subsidiaritätsprinzip* von der Familie über die Nachbarschaft zur Stadtteil- oder Dorfgemeinschaft. Gerade bei Zeitgutschriften für einen Bedarf, der weit in der

---

<sup>40</sup> Siehe Sikora, Hoffmann 2001.

<sup>41</sup> Siehe Offe, Heinze 1990; Lietaer 1999, Hoffmann 1998.

Zukunft liegen kann, wird aber auch eine überregionale Organisation nötig sein, um mögliche zwischenzeitliche Ortswechsel zu überbrücken. Überregionale Einrichtungen könnten auch eine Übertragbarkeit von eigenen Zeitguthaben auf entfernt wohnende bedürftige Angehörige oder Freunde ermöglichen.

Die Betreuung von Kindern oder älteren bzw. kranken Menschen im eigenen Haushalt ließe sich mit einem generellen Anrechnungsverfahren bei den *Zeitgutschriften* berücksichtigen. Den betreuenden Personen würden dann automatisch eine bestimmte Anzahl von Stunden pro Woche gutgeschrieben werden. Bei sozialem Engagement außerhalb des Privathaushalts müssten in dem betreffenden sozialen Netzwerk Anschreibungen vorgenommen werden, so wie es heute bereits bei den Tauschringen geschieht.

Für den unmittelbaren monetären Bedarf der Familie wäre es ferner nötig, dass staatliche Zuschüsse zum Familienbudget zumindest die *zusätzlichen Kosten von Kindern* decken. Dazu müsste der gegenwärtig gezahlte Betrag des Kindergeldes erheblich aufgestockt werden. Ebenso wie es für die Arbeitgeber unter ökonomischen Gesichtspunkten keinen Vorteil bringen dürfte, ob sie gleich qualifizierte Männer oder Frauen einstellen bzw. befördern, darf es für die Eltern keinen wirtschaftlichen Nachteil bedeuten, wenn sie Kinder bekommen. Erst wenn wir diese Konstellation erreichen, können wir auch erwarten, dass Eltern in verstärktem Maße ihren Kinderwunsch erfüllen und die gegenwärtig niedrigen Geburtenraten wieder deutlich ansteigen.<sup>42</sup>

Ein ähnlicher monetärer Anreiz wäre die Zahlung eines entsprechenden *Erziehungsgehalts*.<sup>43</sup> Dieser Vorschlag hat wichtige Impulse für die familienpolitische Diskussion gegeben. Er würde allerdings bedeuten, dass für die Gesellschaft bedeutungsvolle informelle Aktivitäten zusätzlich in die ökonomische Geldsphäre einbezogen werden. Im vorliegenden Ansatz wird für die Bezahlung von sozialen Leistungen mit der Komplementärwährung Zeit plädiert, um eher den außerökonomischen Bereich gesellschaftlicher Aktivitäten zu stärken.

Trotz der Zahlungen eines erhöhten Kindergeldes verbleibt das Problem eines dauerhaften Einkommens für *Alleinerziehende*. Sie haben häufig keinen Partner (Partnerin), mit dem sie sich bei der Betreuung der Kinder abwechseln könnten und der (die) sie während der Betreuungsphase finanziell unterstützt. Eine Lösung könnte im Zusammenschluss mehrerer Alleinerziehender liegen, die sich bei Betreuung und Erwerbsarbeit wie die Eltern in traditionellen Familien abwechseln könnten.

---

<sup>42</sup> Siehe dazu Birg 2001.

<sup>43</sup> Siehe Leipert 2001 und Krebs 2002.

Zusätzlich zu den positiven Anreizen der Zeitgutschriften bei sozialem Engagement ließe sich an *negative Auswirkungen* für diejenigen denken, die sich nicht an diesem zweiten Tätigkeitsfeld beteiligen und nicht bereit sind, ihre Erwerbsarbeitszeiten entsprechend zu reduzieren. So wäre es denkbar, dass dieser Personenkreis wesentlich höhere Steuern zahlen müsste, da in diesen Fällen ja der Staat oder andere Organisationen die nötigen sozialen Leistungen erbringen müssten. Natürlich wären hier diejenigen ausgenommen, die zu einem aktiven sozialen Engagement aus gesundheitlichen oder anderen zwingenden Gründen nicht in der Lage sind.

Wirksamer noch als diese unmittelbaren materiellen Anreizsysteme erscheint ein Zuwachs an *gesellschaftlichem Prestige*, das dem sozialen Engagement zukommen müsste. Ein Mann, der sich aktiv an der Kinderbetreuung oder der Pflege von kranken älteren Verwandten beteiligt, sollte nicht – wie es heutzutage noch häufig geschieht – von seinen Geschlechtsgenossen belächelt oder – im besten Fall – bestaunt werden. Sein Einsatz sollte vielmehr ein besonders hohes Ansehen bekommen und sich auch positiv auf seine berufliche Karriere auswirken. Das ist heutzutage noch Utopie. Die Zukunftsfähigkeit unserer Gesellschaft wird aber entscheidend von einem grundlegenden Meinungswandel gerade im Hinblick auf die Rolle der Männer abhängen. Hier stehen wir, so erstaunlich das im „Zeitalter der Gleichberechtigung“ klingt, erst am Anfang.

### ***Ergebnisse einer ersten Modellrechnung***

Den Übergang zur Halbtagsgesellschaft kann man sich natürlich nur als einen dynamischen Prozess vorstellen, der sich über Jahrzehnte erstrecken würde. Staatliche Anreizsysteme in dieser Richtung werden nur langfristig Wirkungen zeigen. Der erforderliche Wertewandel wird sicher erst bei den nächsten Generationen voll zum Tragen kommen. Daher ist es auch unbedingt nötig, dass Prognosemodelle mit entsprechenden Zukunftsszenarien aufgestellt werden, in denen die komplexen sozio-ökonomischen Zusammenhänge abgebildet werden können. In diesem Zusammenhang ist natürlich auch der absehbare demographische Wandel zu berücksichtigen. Im Statistischen Bundesamt wurde dazu eine Projektgruppe *Sozio-ökonomisches Berichtssystem für eine nachhaltige Gesellschaft* eingerichtet, in der Gesamtrechner des Bundesamtes mit Modellrechnern von anderen Forschungseinrichtungen zusammenarbeiten.<sup>44</sup> Chancen und Möglichkeiten sozio-ökonomischer Modellierung werden auch im Sommer 2004 in einer Kooperationsgruppe am Zentrum für interdisziplinäre Forschung der Universität Bielefeld untersucht.

Dennoch ist es reizvoll, auch ohne differenzierte Modellierung die Konsequenzen einer Halbtagsgesellschaft mit konkreten Daten einer bestimmten gesell-

---

<sup>44</sup> Siehe Stahmer 2003a.

schaftlichen Situation „durchzuspielen“. Die Analyse der nötigen Veränderungen hin zu einer Halbtagsgesellschaft gibt einen ersten Eindruck von den Chancen, aber auch Schwierigkeiten auf dem Weg zu einer neuen gesellschaftlichen Arbeitsteilung. Auf der Grundlage des vorhandenen Berichtssystems für das frühere Bundesgebiet 1990 (mit Fortschreibung bis 1998 für Deutschland) wurde im Statistischen Bundesamt eine erste Berechnung vorgenommen.<sup>45</sup> Sie muss natürlich schrittweise durch aktuellere und fundiertere Schätzüberlegungen ersetzt werden. Selbst wenn das gelingt, sollte uns natürlich immer bewusst bleiben, dass alle gesellschaftlichen Entwicklungen von den einzelnen Menschen mit ihren ganz individuellen Wertesystemen ausgehen, die sich nur langsam wandeln können.

Erste Ergebnisse dieser Modellrechnung wurden in dem Aufsatz *Halbtagsgesellschaft* veröffentlicht.<sup>46</sup> An dieser Stelle sei nur kurz auf einige wichtige Resultate für das Berichtsjahr 1990 eingegangen:

- Wenn die Halbtagsgesellschaft realisiert werden soll, ist eine erhebliche Steigerung der beruflichen Qualifikation sowohl der Erwerbsfähigen, die bisher nicht erwerbstätig waren, als auch der bereits Erwerbstätigen nötig.
- Zeitliche Veränderungen ergeben sich vor allem durch eine Verlagerung von Erwerbsarbeit zu sozialem Engagement. Insgesamt ergibt sich im Modellbeispiel eine geringfügige Erhöhung der Zeiteinsetze für gesellschaftliche Aktivitäten (Erwerbsarbeit und soziales Engagement), so dass sich die Versorgung der Bevölkerung mit materiellen und immateriellen Leistungen insgesamt eher verbessern könnte.
- Die wirtschaftliche Leistung, die mit Hilfe von Erwerbsarbeit erstellt wurde und maßgeblich das materielle Konsumniveau bestimmt, sinkt in Geldeinheiten um fast ein Siebtel.
- Die Verminderung der materiellen Produktion führt zu geringeren Umweltbelastungen. In unserem einfachen Modellbeispiel reduziert sich der Ausstoß an Kohlendioxid um fast ein Achtel.

### ***Aufbruch: Der Garten der Pfade, die sich verzweigen***

Viel spricht dafür, dass die Halbtagsgesellschaft unter dem Blickwinkel der sozialen und ökologischen Nachhaltigkeit einen wesentlichen Fortschritt bedeuten würde und dass sich die ökonomischen Nachteile in Grenzen halten

---

<sup>45</sup> Datengrundlage für die Modellrechnung waren die Sozio-ökonomischen Input-Output-Tabellen 1990, die ein Gesamtbild der gesellschaftlichen Aktivitäten in Zeit-, Geld- und physischen Einheiten geben (siehe Stahmer 2003c; Stahmer et al. 2004).

<sup>46</sup> Siehe Stahmer 2003b. Detailliertere Informationen und Ergebnisse für Deutschland 1998 enthält der Band Sozio-ökonomische Input-Output-Rechnung 1998 (Stahmer et al. 2004).

würden. Die Vermutung müsste natürlich durch weitergehendere, komplexere Analysen bestätigt – oder aber auch widerlegt – werden. Gegenüber dem zunächst in Abschnitt 3 geschilderten Weg zu einer nachhaltigen Gesellschaft erscheint das Ziel Halbtagsgesellschaft für die unmittelbare Zukunft noch attraktiver. Die drängenden sozialen Probleme in unserem Land könnten ein Motor für die beschriebenen gesellschaftlichen Veränderungen sein. Demgegenüber dürfte eine radikale Senkung des materiellen Niveaus allein zum Schutz der Umwelt bzw. für größere Chancengleichheit der ärmeren Entwicklungsländer zur Zeit politisch nicht durchsetzbar zu sein. Nach einer Phase erhöhten Engagements für ökologische Fragen und einer Bereitschaft, sich auch um Belange der Entwicklungsländer zu kümmern, ist seit einigen Jahren eine Hinwendung zu wirtschafts- und sozialpolitische Themen zu beobachten, die in erster Linie das eigene Land betreffen. Wie die kurze Beschreibung der Modellergebnisse der Halbtagsgesellschaft gezeigt hat, würde ein gesellschaftlicher Umbau in diese Richtung allerdings auch Reduktionen der ökonomischen Umweltbelastung mit sich bringen und daher langfristige Umweltziele eher unterstützen. Wenn daher viel dafür spricht, zunächst die Diskussion um soziale Veränderungen in den Vordergrund zu rücken, so müssten im Interesse einer langfristig nachhaltigen Entwicklung die ökologischen Auswirkungen stets berücksichtigt werden. Bei Analysen der zukünftigen sozialen Netzwerke sind daher z.B. auch die ökologischen Konsequenzen der damit verbundenen Mobilität und die Möglichkeiten der Förderung von Regionalprodukten einzubeziehen.

In der Erzählung von Jorge Luis Borges *Der Garten der Pfade, die sich verzweigen* wird von dem chinesischen Gelehrten Ts'ui Pen berichtet, der ein labyrinthisches Manuskript von sich widersprechenden Schmierzetteln hinterlässt. Sein zunächst unverständlicher Hinweis „Ich hinterlasse den verschiedenen Zukünften (nicht allen) meinen Garten der Pfade, die sich verzweigen“ hilft schließlich bei der Lösung: Ts'ui Pen beschreibt ein „Webmuster aus Zeiten, die sich einander nähern, sich verzweigen, sich scheiden oder jahrhundertlang nichts voneinander wissen. Es umfasst alle Möglichkeiten“.<sup>47</sup> Es ist zu hoffen, dass es in diesem Garten auch die beiden beschriebenen Wege zu einer nachhaltigen Gesellschaft gibt und dass es uns gelingt, in unserem, aber vor allem auch im Interesse der nächsten Generationen, diese Wege zu finden und zu beschreiben.

---

<sup>47</sup> Borges 1970, S. 209.

## *Literaturverzeichnis*

- Arbeitsgruppe „Umverteilung der Arbeit“ der Sozialdemokratischen Partei (SP) der Schweiz (1995): Wege zur doppelten 25-Stunden-Woche, Vorschläge zur Umverteilung von Arbeit und Einkommen zwischen Frauen und Männern, Bern, September (im Internet: [www.sp-ps.ch/data/Pospap-d/Wege%20zur%20doppelten%2025-Stunden-Woche.pdf](http://www.sp-ps.ch/data/Pospap-d/Wege%20zur%20doppelten%2025-Stunden-Woche.pdf)).
- Balzer, Ingrid und Monika Wächter (Hrsg.) (2002): Sozial-ökologische Forschung – Ergebnisse der Sondierungsprojekte aus dem BMBF-Förderschwerpunkt, ökom Verlag: München.
- Beck, Ulrich (1986): Risikogesellschaft, Auf dem Weg in eine andere Moderne, Suhrkamp: Frankfurt a.M.
- Beck, Ulrich (Hrsg.) (2000a): Die Zukunft von Arbeit und Demokratie, Edition Zweite Moderne, Suhrkamp: Frankfurt a.M.
- Beck, Ulrich (2000b): Die Seele der Demokratie – Bezahlte Bürgerarbeit, in: Beck 2000a, S. 416 – 448.
- Biesecker, Adelheid (1998): Neue Formen der Teilung und Verteilung von Arbeit, in: Vereinigung für Ökologische Ökonomie (Hrsg.), Arbeiten in einer nachhaltig wirtschaftenden Gesellschaft, Schriftenreihe für Politische Ökologie, Nr. 4, ökom Verlag: München.
- Biesecker, Adelheid und Sabine Hofmeister (2003): Re(Produktivität) – Der „blinde Fleck“ im Diskurs zu Nachhaltiger Entwicklung, in: Sabine Hofmeister, Maria-Eleonora Karsten und Tanja Mölders (Hrsg.), Zwischentöne gestalten: Dialoge zur Verbindung von Geschlechterverhältnissen und Nachhaltigkeit, Kleine: Bielefeld.
- Birg, Herwig (2001): Die demographische Zeitwende: der Bevölkerungsrückgang in Deutschland und Europa, Beck: München.
- BMLFUW (Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft) (2002): Die österreichische Strategie zur Nachhaltigen Entwicklung – Eine Initiative der Bundesregierung, Wien.
- BMU (Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit)/ UBA (Umweltbundesamt) (Hrsg.) (2002): Umwelt – Nachhaltigkeit – Geschlechtergerechtigkeit, Aktivitäten in Deutschland von Rio nach Johannesburg, ökom Verlag: München.
- Borges, Jorge Luis (1970): Sämtliche Erzählungen, Hanser: München.
- BUND, Misereor (Hrsg.) (1996): Zukunftsfähiges Deutschland, Ein Beitrag zu einer global nachhaltigen Entwicklung, Studie des Wuppertal Instituts für Klima, Umwelt, Energie, Birkhäuser: Basel, Boston, Berlin.
- BUND, Misereor (Hrsg.) (2002): Wegweiser für ein zukunftsfähiges Deutschland, Riemann: München.
- Bundesregierung (2002): Perspektiven für Deutschland – Unsere Strategie für eine nachhaltige Entwicklung, Berlin.

- Coenen, Reinhard und Armin Grunwald (Hrsg.) (2003): Nachhaltigkeitsprobleme in Deutschland – Analyse und Lösungsstrategien, edition sigma: Berlin.
- Daly, Herman E. (1999): Wirtschaft jenseits von Wachstum – Die Volkswirtschaftslehre nachhaltiger Entwicklung, Salzburg – München.
- DGB (Deutscher Gewerkschaftsbund) (2000): Stellungnahme des DGB zum Entwurf der nationalen Nachhaltigkeitsstrategie, Berlin.
- Diefenbacher, Hans, Holger Karchert, Carsten Stahmer, Volker Teichert (1997): Nachhaltige Wirtschaftsentwicklung im regionalen Bereich – ein System von ökologischen, ökonomischen und sozialen Indikatoren, Texte und Materialien, Reihe A, Nr. 42, FEST: Heidelberg.
- Eidgenössische Kommission für Frauenfragen (Hrsg.) (1997): Weniger ist mehr – Konzepte zur Umverteilung von Arbeit zwischen den Geschlechtern, Ein Bericht von Eva Nadai und Peter Gerber, Bern.
- Erhard, Ludwig (1961a): Freiheit und Verantwortung. Ansprache vor dem Evangelischen Arbeitskreis der CDU, Hamburg, 2. Juni 1961, in: Erhard 1988, S. 676 – 683.
- Erhard, Ludwig (1961b): Gestern – Heute – Morgen. Elektrola Schallplatten, 9. Juni 1961, in: Erhard 1988, S. 684 – 704, wiederabgedruckt in Frankfurter Allgemeine Zeitung, 4. Mai 2002, S. 8.
- Erhard, Ludwig (1962): Maßhalten! Rundfunkansprache, 21. März 1962, in: Erhard 1988, S. 729 – 737.
- Erhard, Ludwig (1988): Gedanken aus fünf Jahrzehnten. Reden und Schriften, herausgegeben von Karl Hohmann, Econ: Düsseldorf, Wien, New York.
- Europäische Kommission (2001): Einen europäischen Raum des lebenslangen Lernens schaffen, KOM(2001) 678, November.
- Ewerhart, Georg und Carsten Stahmer (1998): Zukunftsentwürfe statt Vergangenheitsbewältigung – Paradigmenwechsel in der umweltökonomischen Berichterstattung, in: Utz-Peter Reich, Carsten Stahmer, Klaus Voy (Hrsg.), Kategorien der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen, Band 2: Zeit und Risiko, Marburg, S. 227 – 258.
- Fetscher, Iring (1991): Überlebensbedingungen der Menschheit – Ist der Fortschritt noch zu retten? Dietz: Berlin.
- Forum Umwelt und Entwicklung (Hrsg.) (1997): Zukunftsfähiges Deutschland – Zukunft für Frauen? Memorandum der AG Frauen im Forum Umwelt und Entwicklung, Bonn.
- Giarini, Orio und Patrick M. Liedtke (1998): Wie wir arbeiten werden. Der neue Bericht an den Club of Rome, Hoffmann und Campe: Hamburg.
- Gorz, André (1989): Kritik der ökonomischen Vernunft. Sinnfragen am Ende der Arbeitsgesellschaft, Rotbuch: Berlin.

- Gorz, André (2000): Arbeit zwischen Misere und Utopie, Edition Zweite Moderne, hrsg. von Ulrich Beck, Suhrkamp: Frankfurt a.M.
- Hans-Böckler-Stiftung (2000): Wege in eine nachhaltige Zukunft – Ergebnisse aus dem Verbundprojekt Arbeit und Ökologie, Düsseldorf.
- Heinze, Rolf G. und Christoph Strünck (2000): Die Verzinsung des sozialen Kapitals – Freiwilliges Engagement im Strukturwandel, in: Beck 2000a, S. 171 – 216.
- Heinze, Rolf G. und Thomas Olk (Hrsg.) (2001): Bürgerengagement in Deutschland – Bestandsaufnahme und Perspektiven, Leske + Budrich: Opladen.
- Hoffmann, Günter (1998): Tausche Marmelade gegen Steuererklärung, Piper: München.
- Hofmeister, Sabine und Ines Weller (2004): Nationale Nachhaltigkeitsstrategien – „blinde Flecken“ aus und für Genderperspektiven. Bremer Diskussionspapier zur Institutionellen Ökonomie und Sozial-Ökonomie Nr. 55, hg. v. Adelheid Biesecker, Wolfram Elsner, Klaus Grenzdörffer, Bremen. Erscheint in englischer Sprache in: Joachim H. Spangenberg (ed.), Sustainability Strategies and the Waltz of Life, Deep Roots High Relevance, Cultural Diversity: Taking Stock of the Sustainability Discourse.
- Horkheimer, Max (1970): Verwaltete Welt. Gespräch mit Otmar Hersche, in: Gesammelte Schriften, Band 7: Vorträge und Aufzeichnungen 1949 - 1973, Fischer: Frankfurt a.M. 1985, S. 363 – 384.
- Jansen, Mechthild (1997): Visionen für die Zukunft – Ein Plädoyer für eine andere Ökonomie. In: Ute Behning (Hrsg.), Das Private ist ökonomisch: Widersprüche der Ökonomisierung privater Familien- und Haushaltsdienstleistungen, edition sigma: Berlin, S. 215 – 226.
- Jansen, Mechthild (1999): Wohin entwickelt sich die Arbeitsgesellschaft? – Arbeit neu bewerten, teilen, schaffen, unveröffentlichter Vortrag, Kassel.
- Kopfmüller, Jürgen, Volker Brandl, Juliane Jörissen, Michael Paetau, Gerhard Banse, Reinhard Coenen und Armin Grunwald (2001): Nachhaltige Entwicklung integrativ betrachtet – Konstitutive Elemente, Regeln, Indikatoren, Edition Sigma: Berlin.
- Krebs, Angelika (2002): Arbeit und Liebe – Die philosophischen Grundlagen sozialer Gerechtigkeit, suhrkamp taschenbuch wissenschaft Nr. 1564, Suhrkamp: Frankfurt a.M.
- Kurz-Scherf, Ingrid und Gisela Breil (Hrsg.) (1987): Wem gehört die Zeit – Ein Lesebuch zum 6-Stunden-Tag, VSA-Verlag: Hamburg.
- Lafontaine, Oskar (1989): „Das Lied vom Teilen“, die Debatte über Arbeit und politischen Neubeginn, Hoffmann und Campe: Hamburg.

- Lang, Eva (2003): Wendezeit für den Staat. In: Nilgün Yüce und Peter Plöger (Hrsg.), Die Vielfalt der Wechselwirkung – Eine transdisziplinäre Exkursion im Umfeld der Evolutionären Kulturökologie, Karl Alber: Freiburg-München, S. 163 – 186.
- Leipert, Christian (Hrsg.) (2001): Familie als Beruf – Arbeitsfeld der Zukunft, Deutscher Arbeitskreis für Familienhilfe, Leske und Budrich: Opladen.
- Lietaer, Bernard (1999): Das Geld der Zukunft, Bertelsmann: Gütersloh.
- Majer, Helge, Carsten Stahmer (1996): Wie definiert, misst und schließt man regionale Nachhaltigkeitslücken?, in: Utz-Peter Reich, Carsten Stahmer, Klaus Voy (Hrsg.): Kategorien der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen, Band 1: Raum und Grenzen, Metropolis: Marburg, S. 285 – 319.
- Meier, Uta (2001): Wie zukunftsfähig ist die „Arbeit des Alltags“. In: Katrin Andruschow (Hrsg.), Ganze Arbeit: feministische Spurensuche in der Non-Profit-Ökonomie, Hans-Böckler-Stiftung, Düsseldorf, edition sigma: Berlin, S. 41 – 54.
- Meier, Uta (2003): Nachhaltiges Haushalten – Vom normativen Leitbild zu alltagsorientierten Handlungsalternativen, in: Wolfgang Serbser (Hrsg.), Humanökologie, Ursprünge – Trends – Zukünfte, Schriften der Deutschen Gesellschaft für Humanökologie, Band 1, Lit Verlag: Münster – Hamburg – Berlin – London, S. 213 – 225.
- Münkner, Hans-H. (2002): Organisierte Selbsthilfe gegen soziale Ausgrenzung – Multi-Stakeholder Genossenschaften in der internationalen Praxis, Institut für Genossenschaftswesen an der Humboldt-Universität zu Berlin, Berliner Beiträge zum Genossenschaftswesen, Heft 58.
- Munz, Eva, Frank Bauer und Hermann Groß (2002): Regelung und Praxis von Arbeitszeitkonten, in: WSI Mitteilungen 6/2002, S. 334 – 340.
- Musil, Robert (1978, Originalausgabe 1930): Der Mann ohne Eigenschaften, rororo 4001, Rowohlt: Reinbek bei Hamburg.
- OECD (2001): Lernen für das Leben: Erste Ergebnisse der internationalen Schulleistungsstudie PISA 2000, Paris.
- Offe, Claus, Rolf Heinze (1990): Organisierte Eigenarbeit – Das Modell Kooperationsring, Campus: Frankfurt a.M., New York.
- Petersen, Rudolf, Karl Otto Schallaböck (1995): Mobilität für Morgen, Chancen einer zukunftsfähigen Verkehrspolitik, Birkhäuser: Berlin, Basel, Boston.
- Pfister, Christian (Hrsg.) (1995): Das 1950er Syndrom, Der Weg in der Konsumgesellschaft, Paul Haupt: Bern, Stuttgart, Wien.
- Schmidt-Bleek, Friedrich (1994): Wieviel Umwelt braucht der Mensch? MIPS – Das Maß für ökologisches Wirtschaften, Birkhäuser: Berlin, Basel, Boston.
- Schmidt-Bleek, Friedrich (1997): Wieviel Umwelt braucht der Mensch? Faktor 10 – das Maß für ökologisches Wirtschaften, dtv 30580, Deutscher Taschenbuch Verlag: München.

- Schultz, Irmgard (1996): Die Liebe der Männer zu nachhaltigen Zahlen – Eine Betrachtung der Studie „Zukunftsfähiges Deutschland“ aus feministischer Sicht. In: Wechselwirkung, Nr. 78, S. 59 – 63.
- Sikora, Joachim und Günter Hoffmann (2000): Version einer Gemeinwohl-Ökonomie auf der Grundlage einer komplementären Zeit-Währung, Katholisch-Soziales Institut: Bad Honnef.
- Spangenberg, Joachim (Hrsg.) (2003): Vision 2020 – Arbeit, Umwelt, Gerechtigkeit – Strategien für ein zukunftsfähiges Deutschland, ökom Verlag: München.
- Stahmer, Carsten (1998): Handlungsebenen. In: Helge Majer, Friedericke Seydel (Hrsg.), Pflastersteine – Ulmer Wege zur Nachhaltigkeit, Wissenschaft und Praxis: Sternenfels, S. 45 – 47.
- Stahmer, Carsten (2001): Verwehte Engel – Bausteine für ein nachhaltiges Berichtssystem, in: Susanne Hartard, Carsten Stahmer (Hrsg.), Magische Dreiecke – Berichte für eine nachhaltige Gesellschaft, Band 2: Bewertung von Nachhaltigkeitsstrategien, Metropolis: Marburg, S. 57 – 90.
- Stahmer, Carsten (2003a): Aufbau eines sozio-ökonomischen Berichtssystems für eine nachhaltige Gesellschaft, in: Statistisches Bundesamt (Hrsg.), Sozialer Wandel – Daten, Analysen, Gesamtrechnungen, Forum der Bundesstatistik, Band 41, Metzler-Poeschel: Stuttgart, S. 72 – 92.
- Stahmer, Carsten (2003b): Halbtagsgesellschaft, in: Zukünfte, Zeitschrift für Zukunftsgestaltung und vernetztes Denken, Nr. 44, Sommer 2003, S. 34 - 39.
- Stahmer, Carsten (2003c): Sozio-ökonomische Input-Output-Tabellen, in: Institut für Wirtschaftsforschung Halle (Hrsg.), Neuere Anwendungsfelder der Input-Output-Analyse in Deutschland, Beiträge zum Hallischen Input-Output-Workshop 2002, 4/2003 Sonderheft, S. 11 – 36.
- Stahmer, Carsten, Axel Schaffer und Inge Herrchen (2004): Sozio-ökonomische Input-Output-Rechnung 1998, Schriftenreihe Sozio-ökonomisches Berichtssystem für eine nachhaltige Gesellschaft, Statistisches Bundesamt, Bd. 4, Wiesbaden.
- Taube, Sabine (1993): Neue Formen organisierter Selbsthilfe älterer Bürger, Universität Marburg, Institut für Kooperation in Entwicklungsländern, Studien und Berichte Nr. 29, Marburg.
- Teichert, Volker (2000): Die informelle Ökonomie als notwendiger Bestandteil der formellen Erwerbswirtschaft – Zu den ökonomischen, sozialen und ökologischen Wirkungen informellen Arbeitens, Wissenschaftszentrum Berlin, Querschnittsgruppe Arbeit und Ökologie, P00 – 524, Berlin.
- Vilar, Esther (1990): Die 25-Stunden-Woche – Arbeit und Freizeit in einem Europa der Zukunft, Econ: Düsseldorf.

- Weizsäcker, Ernst-Ulrich von, Amory B. Lovins, L. Hunter Lovins (1996): Faktor Vier, Doppelter Wohlstand – halbierter Naturverbrauch, Der neue Bericht an den Club of Rome, Droemer Knauer: München.
- Weller, Ines, Esther Hoffmann und Sabine Hofmeister (Hrsg.) (1999): Nachhaltigkeit und Feminismus: Neue Perspektiven – Alte Blockaden, Kleine Verlag: Bielefeld.